

Aus der Fraktion

Gemeinsame Presseerklärung

Weniger Kosten und Bürokratie für Schausteller in NRW

Weihnachtsmarkt, Kirmes, Schützenfest: Die Vielfalt von Veranstaltungen und Festen ist ein fester Bestandteil des kulturellen Lebens in Nordrhein-Westfalen. Diese Traditionen wären nicht denkbar ohne die Schaustellerbranche, die vor allem während der Corona-Pandemie stark gelitten hat. Jetzt sollen die Schausteller in NRW von finanziellen und bürokratischen Belastungen befreit werden. Einen entsprechenden fraktionsübergreifenden Antrag haben CDU, SPD, Grüne und FDP am (heutigen) Donnerstag in den Landtag eingebracht.

Dazu erklären **Bernhard Hoppe-Biermeyer**, Mitglied für die CDU-Landtagsfraktion im Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie, **Rainer Schmeltzer**, Beauftragter der SPD-Landtagsfraktion für das Schaustellerwesen, **Jan Matzoll**, Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion für Wirtschaft, und **Christof Rasche**, Mitglied des Fraktionsvorstandes der FDP-Landtagsfraktion:

„Unsere Schaustellerinnen und Schausteller haben sich auch durch die Herausforderungen der Corona-Krise nicht entmutigen lassen, sondern im Rahmen ihrer Möglichkeiten Menschen in dieser schwierigen Zeit Freude bereitet. Derzeit erleben sie jedoch eine ökonomische Benachteiligung und damit einen deutlichen Wettbewerbsnachteil in der Branche. Zum Beispiel werden Schanklizenzen in den Ländern unterschiedlich geregelt. So müssen Schaustellerinnen und Schausteller in Nordrhein-Westfalen und sieben weiteren Bundesländern für jede Veranstaltung in jeder Kommune eine kostenpflichtige Gestattung beantragen – das bedeutet für sie erhebliche finanzielle und organisatorische Belastungen. Das wollen wir ändern: Mit einer Reisegewerbekarte sollen künftig alle gaststättenrechtlichen Erfordernisse erfüllt sein und vor allem die Schankgebühren vom Tisch sein.“

Günther Bergmann (CDU) und Berivan Aymaz (Grüne) zu 75 Jahren Europarat

„Der Europarat ist unverzichtbar für den Schutz von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten“

Am 5. Mai jährt sich die Gründung des Europarats zum 75. Mal. Seine Aufgabe ist es, die Ideale und Grundsätze zu schützen und zu fördern, die das gemeinsame Erbe seiner Mitglieder sind. Um ein Zeichen für die Verbundenheit Nordrhein-Westfalens mit dem Europarat und seinen Werten zu setzen, haben die Landtagsfraktionen von CDU und Grünen am (heutigen) Mittwoch einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht.

Dazu erklären **Günther Bergmann**, Mitglied für die CDU-Landtagsfraktion im Ausschuss für Europa und Internationales, und **Berivan Aymaz**, Sprecherin für Europa und Internationales der Grünen-Landtagsfraktion:

Günther Bergmann: „Weltweit ist die Menschenrechtslage angespannt. Angesichts von Menschen- und Völkerrechtsverstößen stiftet der Europarat Orientierung und Ordnung. Mit seiner breit angelegten Mitgliedschaft bietet er außerdem Anknüpfungspunkte für Kandidatenländer für einen Beitritt zur Europäischen Union wie die Ukraine oder unser Partnerland Nordmazedonien.

Als Bundesland im Herzen von Europa fühlen wir uns in Nordrhein-Westfalen den Werten und Zielen des Europarates besonders verbunden. Wir bekennen uns zu den universellen Menschenrechten und setzen uns aktiv für sie ein. Mit unserem Antrag würdigen wir die herausragende Bedeutung, die der Europarat damals wie heute spielt.“

Berivan Aymaz: „Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Kriege und Konflikte sowie der Zunahme autoritärer Regime weltweit ist es besonders wichtig, die Arbeit des Europarates zu würdigen. Auch 75 Jahre nach seiner Gründung ist der Europarat eine unverzichtbare Errungenschaft zum Schutz von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Für uns als schwarz-grüne Koalition ist der Schutz und die Stärkung von Menschenrechten eine zentrale Aufgabe. Mit der Einführung einer Woche der Menschenrechte und der Etablierung eines Patenschaftsprogramms des Landtags für verfolgte Oppositionspolitiker und Menschenrechtsaktivisten wurden in NRW ganz konkrete Maßnahmen ergriffen und wir können stolz sein, mit diesen Initiativen unter den Landesparlamenten Vorreiter zu sein. Wir müssen auch aus der Landespolitik heraus alle Möglichkeiten ausschöpfen, damit Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte konsequent umgesetzt werden und entsprechende Forderungen nach der Freilassung von unrechtmäßig inhaftierten Menschenrechtsaktivisten und Oppositionellen auch an enge Partner wie die Türkei formulieren.“

Aus der Landesregierung

Girls‘ & Boys‘ Day: Schülerinnen und Schüler zu Gast bei Ministerpräsident Wüst

Am Girls‘ und Boys‘ Day erhalten 14 Mädchen und Jungen im Alter von 13 bis 15 Jahren Einblicke in den Arbeitsalltag der Staatskanzlei

Wie sieht der Alltag eines Ministerpräsidenten aus und was macht eigentlich eine Staatskanzlei? Antworten auf diese und viele weitere Fragen erhalten 14 Jungen und Mädchen im Alter von 13 bis 15 Jahren am Donnerstag, 25. April 2024. Im Rahmen des bundesweiten Aktionstages zur klischeefreien Berufsorientierung für Kinder und Jugendliche treffen die Schülerinnen und Schüler verschiedener Schulen aus der Region auf Ministerpräsident Hendrik Wüst sowie den Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und Chef der Staatskanzlei, Nathanael Liminski.

Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Welche Berufe junge Menschen wählen, hat viel mit ihren eigenen Erfahrungen zu tun. Der Girls' Day und der Boys' Day ist eine tolle Aktion, die Vielfalt in der Arbeitswelt zu fördern. Ich freue mich über das große Interesse der Schülerinnen und Schüler an der Staatskanzlei. Politik und Verwaltung können richtig spannend sein und Spaß machen – das wollen meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ich heute den Mädchen und Jungen, die uns besuchen, zeigen.“

Die Schülerinnen und Schüler nehmen an verschiedenen Workshops teil, in denen sie mehr über die Arbeit der Staatskanzlei erfahren. Sie haben die Möglichkeit, Reden zu schreiben, die Social-Media-Arbeit der Landesregierung kennenzulernen und Einblicke in die Aufgaben der Abteilung Sport und Ehrenamt sowie dem Wissensmanagement zu erhalten. Auch haben sie die Gelegenheit, sich mit Ministerpräsident Hendrik Wüst persönlich auszutauschen. Zum Abschluss des Tages steht ein Interview mit Amtschef Dr. Bernd Schulte und Staatssekretärin Andrea Milz auf dem Programm, bei dem die Schülerinnen und Schüler alle Fragen stellen können, die sie im Laufe des Tages gesammelt haben.

Zum Hintergrund

Der Girls‘ und Boys‘ Day soll dazu beitragen, die Berufschancen von Mädchen und Jungen in zukunftsträchtigen Berufsfeldern, in denen sie jeweils bisher unterrepräsentiert sind, zu verbessern. Schülerinnen und Schüler ab der fünften Klasse besuchen unter anderem Betriebe, Institutionen oder Hochschulen und treffen auf Vorbilder in Berufen, die noch immer vorwiegend eher von Frauen oder Männern ausgeübt werden. Im Rahmen des Aktionstags erhalten sie so Einblicke in unterschiedliche Berufsbilder.

Programm „Qualifizierung des bürgerschaftlichen Engagements“ geht in die zweite Runde: Bewerbungen bis zu den Sommerferien möglich

Umwelt- und Verkehrsminister Oliver Krischer: „Mit dem Programm unterstützen wir Ideen zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure in den Themenfeldern des Ministeriums“

Um das bürgerschaftliche Engagement für die Umwelt, die Natur und die Mobilität der Zukunft zu unterstützen, hat das Umwelt- und Verkehrsministerium das Programm „Qualifizierung des bürgerschaftlichen Engagements“ im Jahr 2023 neu aufgelegt. Es wird zwischen 2023 und 2026 mit insgesamt drei aufeinanderfolgenden Aufrufen durchgeführt. „Schon der erste Aufruf im Sommer 2023 hat uns gezeigt, wie viele großartige Projekte aus der Zivilgesellschaft sich mit den Themen unseres Ministeriums befassen. Ich freue mich, dass wir mit dem zweiten Aufruf weiteren Projekten unsere Unterstützung anbieten können. Wir wollen das Ehrenamt nachhaltig stärken. Denn schließlich lebt Demokratie von engagierten, interessierten und aktiven Bürgerinnen und Bürgern“ erklärte Umwelt- und Verkehrsminister Oliver Krischer zum Start des zweiten Programmaufrufes.

Mit dem Programm zur „Qualifizierung des bürgerschaftlichen Engagements“ unterstützt das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Projektideen von Vereinen, Initiativen, Einzelpersonen und gemeinwohlorientierten Unternehmen in den folgenden Themenfeldern:

- Naturschutz, Biodiversität, Artenschutz
- Nachhaltige Entwicklung, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), Umweltbildung
- Transformation
- Anpassung an den Klimawandel, Natürlicher Klimaschutz
- Umweltwirtschaft
- Verkehr, Mobilität der Zukunft, Radverkehr, Verkehrssicherheit
- Kreislaufwirtschaft, Circular Economy
- Wasserwirtschaft und Bodenschutz
- Immissionsschutz, Umwelt und Gesundheit, Gentechnik

Interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Organisationen können sich bis zum 5. Juli 2024 bewerben. Dabei müssen sie ihre Ideen in einer Projektskizze beschreiben und deutlich machen, wo sie fachliche Beratung wünschen. Das Ministerium wählt aus den eingereichten Vorschlägen nach fachlichen Gesichtspunkten aus.

Den ausgewählten Initiativen bietet das Programm eine kostenlose qualifizierte Beratung an. Das Spektrum der Beratung reicht von der Unterstützung bei der Vereinsgründung bis zur Hilfe bei der Beantragung von Fördergeldern. Pro Projekt können Beratungskosten von bis zu 20.000 Euro zur Verfügung gestellt werden.

Weitere Informationen zum Programm „Qualifizierung des bürgerschaftlichen Engagements“ unter www.wir-bewegen-was.nrw

Nordrhein-Westfalen treibt die Digitalisierung bei den Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern voran

Staatssekretärin der Justiz Brückner unterzeichnet mit der Vertretung aus den anderen Ländern eine Verwaltungsvereinbarung zu einer gemeinsamen elektronischen Aktenablage

Als Vorsitzende des E-Justice-Rates hat Staatssekretärin der Justiz Dr. Daniela Brückner am Mittwoch, 24. April 2024, für die Landesregierung eine länderweite Verwaltungsvereinbarung unterschrieben, wonach gemeinsam eine Plattform entwickelt werden soll, in der die elektronischen Akten der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher ergänzend gespeichert werden sollen.

„Die Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zur vollständigen Digitalisierung der Justiz. Die Einführung der elektronischen Akte im Gerichtsvollzieherbüro wird eine Lücke schließen und auch den Bereich der Zwangsvollstreckung an den Vorteilen der elektronischen Aktenführung teilhaben lassen“, so Staatssekretärin Dr. Brückner.

Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher organisieren ihre Büros selbständig und sind nicht an die IT-Systeme für die elektronische Aktenführung der Justiz angeschlossen. Sie sind selbst für ihre elektronische Aktenführung und die dazu notwendige Hard- und Software verantwortlich. Umso wichtiger ist es, dass die Justizverwaltungen der Länder eine Plattform bereitstellen, in der automatisch Kopien von sämtlichen elektronischen Akten der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher gespeichert werden. Über diese eAktenablage können etwa die Dienstaufsicht oder die Vollstreckungsgerichte anlassbezogen auf die Inhalte der elektronischen Akte zugreifen. Durch die eAktenablage ist auch aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit die elektronische Akte der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher stets verfügbar.

Entwickelt werden soll die eAktenablage unter Federführung Nordrhein-Westfalens im Rahmen des durch die Verwaltungsvereinbarung zu gründenden Verbundes von 15 Bundesländern. Nicht beteiligt ist Schleswig-Holstein.

Land unterstützt 17 Kommunen mit „Entwicklungswerkstatt“ bei der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements

Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützt 17 Kommunalverwaltungen im Land, zukunftsfähiges bürgerschaftliches Engagement zu entwickeln. Dazu wird jetzt die „Entwicklungswerkstatt für kommunale Engagementstrategien“ (EWS) gestartet. Die Teilnehmenden werden in den kommenden eineinhalb Jahren gezielt für die Entwicklung passgenauer Strategien und Strukturen für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements qualifiziert, um die Aufgabe als „kommunale Engagementbeauftragte“ erfolgreich gestalten zu können. Das Land fördert diese fünfte Entwicklungswerkstatt mit rund 130.000 Euro.

Staatssekretärin Andrea Milz: „Wir wollen das bürgerschaftliche Engagement weiter stärken und als Säule unserer Gesellschaft festigen. Mit dieser speziellen Qualifizierung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus kommunalen Verwaltungen gelingt es, zielgenau auf die aktuellen Bedarfe der Kommunen im Bereich der Engagementförderung einzugehen.“

Die folgenden Kommunen sind dabei:

1. Stadt Brühl
2. Stadt Detmold
3. Stadt Dorsten
4. Stadt Drensteinfurt
5. Stadt Düren
6. Kreis Coesfeld
7. Stadt Hennef
8. Stadt Hückelhoven
9. Kolpingstadt Kerpen
10. Stadt Leverkusen
11. Stadt Lünen
12. Kreis Olpe
13. Stadt Rheine
14. Rheinisch Bergischer Kreis
15. Stadt Sendenhorst
16. Gemeinde Swisttal
17. Gemeinde Wachtberg

Während der EWS entwickeln die Teilnehmenden Handlungsstrategien für ihre Kommunen, um das lokale Engagement langfristig zu fördern. Sie lernen zudem ihre eigene Querschnittsaufgabe als Engagementförderer in der Kommunalverwaltung zu stärken und kommunale Kooperation und Vernetzung u.a. mit externen Fachleuten,

Verbänden und Initiativen zu initiieren. Zur Ausbildung gehört auch, ein konkretes Praxisprojekt zur Engagementförderung in der eigenen Kommune umzusetzen.

Die EWS wird im Auftrag des Landes federführend von der FSI Forum für soziale Innovation gGmbH durchgeführt.

Weitere Informationen: <https://www.engagiert-in-nrw.de/entwicklungswerkstatt-fuer-kommunale-engagementstrategien-ews>

Fahrradbranche weiter im Aufwind

Erster Bericht zur Fahrradwirtschaft in Nordrhein-Westfalen vorgestellt. Minister Oliver Krischer: „Das Fahrrad ist ein entscheidender Faktor für die Verkehrswende“

Die Fahrradwirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist weiter im Aufwind: So konnte die Branche rund 1,9 Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung im Jahr 2022 erzielen. Gemessen an der Bruttowertschöpfung ist die Wirtschaftsleistung im Zeitraum von 2012 bis 2022 um 3,2 Prozent pro Jahr gewachsen. Seit 2012 hat sich auch die Zahl der Erwerbstätigen in der Branche deutlich erhöht – von 42.600 auf 50.700 Beschäftigte im Jahr 2022. Dies macht eine Steigerung von 1,8 Prozent pro Jahr aus. Die meisten Erwerbstätigen arbeiten im Bereich des Fahrradtourismus: 27.100, gefolgt von 12.400 Beschäftigten im Handel und 6.400 im Dienstleistungssektor, zu dem insbesondere Kurierdienste gezählt werden. Dies geht aus dem ersten Branchenbericht zur Fahrradwirtschaft in NRW hervor, den das Kompetenznetzwerk Umweltwirtschaft.NRW (KNUW) jetzt veröffentlicht hat.

Die heimische Fahrradwirtschaft bietet aber nicht nur wirtschaftliche Chancen, sie bietet ebenso ein großes Potenzial für den Umweltschutz. „Mehr Radverkehr bedeutet die Reduzierung von Emissionen, Verkehrsentlastung und Förderung eines aktiven Lebensstils. Das Fahrrad ist ein entscheidender Faktor für die Verkehrswende“, sagt Oliver Krischer, Nordrhein-Westfalens Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr.

Bisher gibt es in Deutschland kaum Forschungsarbeiten und Publikationen zur Fahrradwirtschaft im Allgemeinen. Neben wenigen Untersuchungen finden sich vor allem Analysen von Verbänden mit Zahlen für das gesamte Bundesgebiet. Der aktuelle Bericht des Kompetenznetzwerks Umweltwirtschaft.NRW im Auftrag des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MUNV) füllt diese Lücke nun und betrachtet die Fahrradwirtschaft sowie ihre ökonomische Bedeutung in Nordrhein-Westfalen näher.

Die Zahlen zeigen: „Die Fahrradbranche spielt eine entscheidende Rolle für eine nachhaltige Mobilität der Zukunft. Das Fahrrad ist mehr als nur ein Fortbewegungsmittel: Es verkörpert einen Lebensstil, der auf Umweltbewusstsein, Gesundheit und sozialer Verantwortung basiert“, so Minister Oliver Krischer. In den vergangenen Jahren hat die Fahrradwirtschaft eine bemerkenswerte ökonomische Entwicklung erlebt, die nicht allein von E-Bikes und Lastenfahrrädern vorangetrieben wird, sondern auch von einer Qualitätssteigerung in sämtlichen Markt Bereichen: Herstellung, Handel und Dienstleistung, Fahrradtourismus und Infrastruktur.

Zur Fahrradwirtschaft gehören alle Unternehmen, Verbände, Institutionen und Personen, die sich überwiegend mit der Entwicklung, Herstellung, Vermarktung und Instandhaltung von Fahrrädern, Fahrradkomponenten, -bekleidung und -zubehör sowie fahrradbezogenen Dienstleistungen oder fahrradtouristischen Produkten beschäftigen bzw. deren Umsätze in direktem Zusammenhang mit der Radverkehrsinfrastruktur stehen. Mit 682 Millionen Euro ist der Handel der wertschöpfungsstärkste Marktsegment der Fahrradwirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Der Anteil beträgt etwa 36 Prozent. Rund 460 Millionen Euro (24,3 Prozent) erwirtschaftet das Marktsegment des Fahrradtourismus und weitere 349 Millionen Euro (18,4 Prozent) werden durch Dienstleistungen erbracht. Auf die Herstellung von Fahrrädern entfallen 283 Millionen Euro (14,9 Prozent) und auf die Infrastruktur für den Radverkehr 121 Millionen Euro (6,4 Prozent).

Dass das Fahrrad auch Einzug in nachhaltige Mobilitätskonzepte von Städten und Kommunen in Nordrhein-Westfalen hält, zeigt sich an mehreren Stellen: Düsseldorf beispielsweise fördert mit dem „RADschlag“-Konzept systematisch den Radverkehr in der Landeshauptstadt. An vielen Ecken entstehen Fahrradgaragen, Abstellmöglichkeiten und Leihstationen für E-Lastenfahrräder. Andere Städte, wie Köln und Bonn, warten mit ähnlichen Konzepten auf. In kaum einer anderen deutschen Stadt werden so viele innerstädtische Wege per Fahrrad zurückgelegt wie in Münster, wo etwa 38 Prozent aller Wege auf diese Weise erfolgen. Der 1. Branchenbericht zur Fahrradwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, der am heutigen Mittwoch, im Rahmen einer Infoveranstaltung des AGFS NRW mit dem Titel „Unternehmen Rad“ im Umwelt- und Verkehrsministerium vorgestellt wird, ist auch im Internet abrufbar unter <https://www.knuw.nrw/infothek.html>

Hintergrund

Der Branchenbericht zur Fahrradwirtschaft wurde durch das Kompetenznetzwerk Umweltwirtschaft.NRW (KNUW) erstellt. Das KNUW ist ein landesweites Netzwerk für den Wissens- und Technologietransfer im Bereich von Umweltinnovationen und nachhaltigem Wirtschaften. Seit 2020 wird das Netzwerk von der VDI Technologiezentrum GmbH, der Prognos AG und dem Institut für die Zukunft der Industriegesellschaft (INZIN) im Auftrag des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen betrieben. Das KNUW versteht sich als Partner für den

Austausch zwischen Unternehmen, Forschung, Verbänden, Hochschulen, Regionalagenturen und der Wirtschaftsförderung auf regionaler und lokaler Ebene. Das KNUW verfolgt das Ziel, die Potenziale und Stärken der Umweltwirtschaft sichtbar zu machen und Nordrhein-Westfalen als nachhaltigen und zukunftsorientierten Wirtschaftsstandort zu stärken. Weitere Informationen unter <https://www.knuw.nrw/>